

Kohle statt Korallen

Umweltschützer kritisieren Finanzierung eines Hafens in Australien. **Seite 9**

Foto: dpa/Andreas Arnold

Neubau wieder kommunal

Die ersten städtischen Wohnungen Berlins seit zehn Jahren sind fertig. **Seite 11**

Kultur in Gefahr?

Prominente warnen vor Freihandelsabkommen. **Seite 15**

Foto: imago/Gerhard Leber

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 22. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 118

Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Vom Stammtisch zum Gesetz

Johanna Treblin über eine Einreiseperrre bei »Sozialbetrug«

Die CSU fischte bereits im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern sowie der Bundestagswahl im vergangenen Jahr mit einem ausländerfeindlichen Vorhaben nach Stimmen – und hatte damit letztlich Erfolg. Sie forderte die Einführung einer PKW-Maut speziell für Ausländer. Die soll nun kommen. Im Europawahlkampf hat sich die CSU ein neues Ziel gesetzt: Wiedereinreiseperrre bei »Sozialbetrug«. Zu dem Thema wurde eigens ein Staatssekretärsausschuss eingesetzt. Der stellte vor kurzem seinen Zwischenbericht vor, der kaum einen Beleg für die These bietet, dass nach Deutschland eingewanderte Bulgaren und Rumänen massenhaft illegal Sozialleistungen erschleichen. Anderen Quellen zufolge sind sogenannte Sozialbetrüger zu 90 Prozent Deutsche.

Diese Argumente interessieren jedoch offensichtlich weder die CSU noch ihren Fraktionspartner CDU. Bereits Anfang Juni will die Bundesregierung über einen Gesetzentwurf entscheiden, der eine Wiedereinreiseperrre von bis zu fünf Jahren für Zuwanderer ermöglicht. Angesichts der dünnen Faktenlage, auf der die Gesetzesinitiative beruht, ist diese nur mit Populismus zu begründen. Es wäre zu einfach zu behaupten, Populismus sei das einzige Politikinstrument der CSU. Es ist aber auf jeden Fall ein starkes – dem sich auch die CDU nicht entzieht. Schließlich steht die Wahl zum Europaparlament bevor. Und im Wahlkampf zählen Stammtischparolen offenbar mehr als Argumente.

UNTEN LINKS

Die CDU weiß ihre Anhänger immer wieder zu verblüffen. Nehmen wir nur jetzt ihren Wahlkampf in Sachen Europa. Mit großer Geste wurde vor Monaten im Berliner Konrad-Adenauer-Haus der frühere niedersächsische Ministerpräsident David McAllister zum Spitzenkandidaten gekürt. Und wer lächelt jetzt von allen Wahlplakaten oder hält die großen Reden? Angela Merkel, die für das EU-Parlament überhaupt nicht kandidiert. Hat sie dem Deutsch-Schotten nicht schon genug angetan? Der sitzt ja vor allem nicht mehr in der Hannoveraner Staatskanzlei, weil die Leihstimmenkampagne der CDU für die FDP so gut funktioniert hat, dass McAllister zum Schluss ein paar Stimmen fehlten. Bekanntlich hat Merksels strategisches Denken ihr später im Bund nichts genützt – die FDP ist trotzdem abgeschmiert. Und der mit der Spitzenkandidatur abgefunden Ex-Ministerpräsident tourt jetzt hinter seiner Gönnerin oder inkognito durchs Land. Die Frau ist wirklich erbarmungslos. oer



Im Sitz des Europäischen Parlaments im französischen Straßburg

Foto: Europäisches Parlament/Marc Dossmann

Berlin. Von diesem Donnerstag an bis zum Sonntag sind rund 400 Millionen Menschen aufgerufen, das Europaparlament zu wählen. Den Anfang machen die Niederländer und Briten; die große Mehrheit der 28 beteiligten Staaten, darunter Deutschland, öffnet die Wahllokale am Sonntag. Der zum Ende doch noch etwas in Schwung gekommene Wahlkampf wird in den meisten Medien als eine Entscheidung zwischen Konservativen und Sozialdemokraten verkauft. Jean-Claude Juncker gegen Martin Schulz, das ist der Titel einer kleinen TV-Tournee. Doch was als Duell angekündigt wurde, entpuppte sich bei näherem Betrachten als Duett.

Das ist kein Wunder, denn die tatsächlichen Alternativen sind andere: gesamteuropäische Solidarität oder Macht der Stärksten; mehr wirkliche Demokratie oder mehr demokratische Fassade; Friedfertigkeit oder militärische Interessenvertretung; Weltoffenheit auch für die Schwachen oder Abschottung; mehr Gerechtigkeit oder mehr Neoliberalismus.

In solchen Auseinandersetzungen kann das Europäische Parlament eine Rolle spielen. Denn es ist längst mehr als ein beschaulicher Debattenklub. »Innerhalb einer Politikergeneration ist aus dem Beratungsparlament ein Entscheidungsparlament geworden«, schreibt in einer nd-Kolumne der Sozialdemokrat Klaus

Hänsch, in den 90er Jahren Präsident des Europaparlaments. Die Wahrheit ist aber auch, dass gut beraten ist, wer sich nicht auf dieses Parlament verlässt, sondern um seine Rechte kämpft. Das tun die Flüchtlinge, die in diesen Tagen in Richtung Brüssel marschieren.

Nach der Wahl wird zu entscheiden sein, wer die EU-Kommission in den nächsten fünf Jahren leitet. Juncker oder Schulz? Oder ganz jemand anderes? Darüber befinden vor allem die Staats- und Regierungschefs, faktisch die der größten Staaten. Es ist keine autonome Entscheidung des Parlaments. So demokratisch ist die europäische Demokratie nicht. Noch nicht. wh Seiten 2, 3, 4 und 6

CSU drückt Gesetz zu Einreiseperrre durch

Bundesregierung plant Strafen für »Sozialmissbrauch« durch Bürger anderer EU-Staaten

Die Große Koalition verschärft das Zuwanderungsrecht für EU-Bürger. Vorgesehen ist unter anderem ein befristeter Aufenthalt zur Arbeitssuche.

Von Christian Klemm

Zum Jahreswechsel brach die CSU eine rassistische Debatte zum deutschen Arbeitsmarkt. Unionspolitiker befürchteten, dass mit der Freizügigkeit massenhaft Staatsangehörige aus diesen EU-Mitgliedsländern nur zu einem Zweck in die Bundesrepublik kämen: um die Sozialkassen zu plündern. Mit der Formulierung »Wer betrügt, der fliegt« trieb die CSU ihre Stimmungsmache auf die Spitze.

Die Kampagne trägt jetzt erste Früchte: In einem Gesetzentwurf über den die Wochenzeitung »Freitag« berichtet, plant die Bundesregierung ein Maßnahmenpa-

ket gegen »Sozialbetrüger«. Ihnen soll in Zukunft die Wiedereinreise nach Deutschland verweigert werden. Das Verbot kann bis zu fünf Jahre gültig sein. Macht ein EU-Bürger bei Behörden unvollständige oder gar falsche Angaben, dann soll das mit einer Haftstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldbuße geahndet werden. Vorgesehen ist ebenfalls, die Aufenthaltserlaubnis für Arbeitssuchende auf ein halbes Jahr zu beschränken. Ein längerer Aufenthalt ist möglich, wenn Aussicht auf eine Beschäftigung besteht. Zudem beabsichtigt Schwarz-Rot, Kindergeld nur zu zahlen, wenn die Antragsteller eine deutsche Steuernummer vorweisen können. Über den Gesetzentwurf wird zur Zeit in den zuständigen Ressorts beraten; Anfang des nächsten Monats will ihn das Kabinett beschließen.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer, nannte die Pläne der Bundesregierung konsequent.

Die Koalitionäre hätten angekündigt, den sogenannten Missbrauch von Sozialleistungen bekämpfen zu wollen.

Dabei müsste dem CSU-Politiker bekannt sein, dass die Ausgaben des Bundes für Arbeitslose und

Dafür, dass die Aufwendungen durch Zuwanderung vom Balkan explodiert sind, gibt es keine Anzeichen.

Aufstocker aus EU-Ländern bisher gering waren: Laut einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage von Mayers Parteifreund Johannes Singhammer betrug sie im vergangenen Jahr 1,7 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2013 wurden für Hartz-IV-Leistungen insgesamt 33,7 Milli-

arden Euro gezahlt. Dafür, dass die Aufwendungen durch Zuwanderung vom Balkan explodiert sind, gibt es nach Auffassung des Ökonomen Andreas Mayert keine Anzeichen. »Rumänen und Bulgaren sind etwas häufiger Bezieher von Sozialleistungen als Deutsche, aber deutlich seltener als die in Deutschland lebenden Ausländer«, sagt er. Die Quote der Hartz-IV-Betroffenen aus Südosteuropa betrug im Januar 10,9 Prozent, während der entsprechende Anteil bei den übrigen Ausländern bei 15,9 Prozent lag.

Die Bundesrepublik ist prinzipiell verpflichtet, Migranten aus anderen EU-Ländern Sozialleistungen zu gewähren. Allerdings kam ein am Dienstag vorgelegtes Gutachten für den Europäischen Gerichtshof zu dem Schluss, dass ihnen Arbeitslosengeld II verweigert werden dürfe: wenn sie nur nach Deutschland kommen, um einen Job zu suchen oder Sozialhilfe zu beziehen. Mit Agenturen



Boko Haram trifft Nigeria mit neuen Anschlägen

Mindestens 148 Tote bei Attentaten und Überfall

Abuja. Kein Ende des Terrors in Nigeria: Bei einem Bombenanschlag auf den belebten Markt der zentralnigerianischen Stadt Jos sind 118 Menschen getötet und 56 weitere verletzt worden. Zwei Autobomben waren am Dienstagmittag gesprengt worden. Keine zwölf Stunden später töteten radikalislamische Terroristen Medienberichten zufolge in dem Dorf Shawa im Nordosten Nigerias 30 Menschen. Dorfbewohner berichteten der Zeitung »Leadership«, die Männer hätten unter den Rufen »Allahu akbar« (Gott ist groß) um sich geschossen.

Der Terroranschlag in Jos war nach Angaben der nationalen Katastrophenschutzbehörde Nema besonders tödlich, weil eine Bombe erst 30 Minuten nach der Explosion des ersten Sprengsatzes gezündet worden war. Zahlreiche Helfer der Rettungsdienste, die sich nach der ersten Explosion am Dienstagmittag um die zum Teil unter Trümmern begrabenen Opfer und Verletzten bemühten, wurden dabei in den Tod gerissen.

Nigerias Präsident Goodluck Jonathan sprach von einem »tragischen Anschlag auf die menschliche Freiheit«. Die Regierung werde die Anstrengungen im Kampf gegen den Terror noch weiter intensivieren, sagte er. Dabei sollten auch multinationale Truppen helfen, die am Tschadsee im Nordosten Nigerias stationiert sind. Das wurde am Wochenende in Paris im Rahmen eines Aktionsplans gegen Boko Haram beschlossen. dpa/nd

Öffentlicher Sektor streikt in Brasilien

Polizisten, Lehrer und Busfahrer machen Druck vor der Fußball-WM

Brasilia. Knapp drei Wochen vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien haben demonstrierende Arbeiter, Lehrer und Busfahrer in São Paulo ein Verkehrschaos ausgelöst. Die Polizei kündigte ebenfalls Streikaktionen an.

Fahrer und Kassierer der städtischen Autobusse erzwangen am Dienstag die Schließung von mindestens elf Buszentralen. Sie wollen mehr Geld und lehnen eine jüngst vereinbarte Lohnerhöhung um zehn Prozent als unzureichend ab. Die Proteste sollten am Mittwoch weitergehen.

In São Paulo wird am 12. Juni das WM-Eröffnungsspiel Brasilien gegen Kroatien angepfiffen. In Südamerikas größter Stadt besetzen außerdem Mitglieder der Bewegung obdachloser Arbeiter (MTST) die Zentrale des Bauunternehmens Viver. Sie fordern, dass auf einem von ihnen besetzten Gelände Wohnungen gebaut werden. Außerdem blockierten am Dienstag Lehrer der städtischen Schulen die zentrale Avenida Paulista.

Die Polizeigewerkschaften in neun Bundesstaaten kündigten für Mittwoch einen Streik an. Sie wollen eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Gestreikt werden sollte unter anderem in São Paulo, und in Rio de Janeiro. Im April hatte ein Polizeistreik in Salvador einen Ausbruch krimineller Gewalt mit 39 Toten zur Folge gebracht. In der nordostbrasilianischen Stadt bestreitet die deutsche Elf am 16. Juni ihr WM-Auftaktspiel gegen Portugal. Agenturen/nd

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Im letzten Winter ist die Grippewelle ausgeblieben. Was wird uns dieses Jahr erwarten?

ISSN 0323-4940

